Chronologie der Europäischen Integration 1982

Januar

Ministerrat

4. Januar: In Brüssel findet eine Sonderkonferenz der Außenminister zur aktuellen Lage in Polen statt. Die Minister verurteilen die Verhängung des Kriegsrechts als Verletzung der Menschenrechte und fordern seine sofortige Aufhebung sowie die Freilassung aller inhaftierten Gewerkschaftsmitglieder. Außerdem schlagen sie vor, zur Beratung der polnischen Ereignisse die KSZE-Folgekonferenz in Madrid vorzeitig auf Ministerebene einzuberufen. Man war sich auch einig, gegebenenfalls weitere Sanktionen zu ergreifen, die humanitäre Hilfe für die polnische Bevölkerung aber fortzusetzen.

Spanien

7. Januar: Der spanische Ministerpräsident, Calvo Sotelo, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn, Vizepräsident Natali und Herrn Contogeorgis über eine Intensivierung und Beschleunigung der Beitrittsverhandlungen.

Fischereipolitik

8. Januar: Der Rat erläßt eine Verordnung, die Schiffen unter norwegischer Flagge im Rahmen von Interimsmaßnahmen für 1982 wieder den Zugang zu den Fischereizonen der Gemeinschaft erlaubt. Die norwegische Regierung erteilt für ihre Fangzonen die entsprechende Genehmigung an die EG-Mitgliedstaaten.

Türkei

12. Januar: Der türkische Außenminister Türkmen stattet Kommissionspräsident Thorn einen offiziellen Besuch ab. Dabei erläutert er den von seiner Regierung im Dezember angekündigten Verfassungsentwurf und den ebenfalls vorgelegten Zeitplan für die Wiederherstellung der Demokratie in der Türkei. Außerdem bestätigt er die Freilassung des früheren Ministerpräsidenten Ecevit am 1. Februar.

Agrarpolitik

13. Januar: Zusammen mit dem „Bericht über die Lage der Agrarmärkte" übermittelt die Kommission dem Rat ihre Vorschläge über die Preise und die flankierenden Maßnahmen für das kommende Wirtschaftsjahr. Nach den Berechnungen der Kommission sind die Agrarpreise 1981 um mehr als 11 % gestiegen.

Industriepolitik

13. Januar: Auf einer informellen Tagung billigen die Industrieminister einstimmig das Vorgehen der Kommission im Stahlstreit mit den USA und beauftragen sie, die weitere Koordinierung mit den Mitgliedstaaten und mit der Industrie zu übernehmen.

Außenbeziehungen

14.–15. Januar: Auf einer informellen Tagung setzen die Außenminister die Diskussion über das Mandat vom 30. Mai 1980 fort. Als Diskussionsgrundlage dienen die vom Präsidenten der Kommission vorgelegten Kompromißvorschläge über die Nettobeitragszahlungen Großbritanniens, den Agrarmarkt, den Milchmarkt und die Mittelmeerprodukte. Da keine nennenswerten Fortschritte erzielt werden, sollen die Beratungen auf einer Sondertagung am 25. Januar fortgesetzt werden. Der Bereich Mittelmeerprodukte wird wieder an die Landwirtschaftsminister zurückverwiesen.

Wirtschaftspolitik

15.–16. Januar: Im Auftrag der Weltwirtschaftsgipfelkonferenz von Ottawa findet in Key Biscayne (Florida) eine informelle Tagung zwischen den USA, Japan, Kanada und der EG statt. Im

Mittelpunkt der Beratungen stehen die Liberalisierung des Welthandels und die Struktur des GATT-Systems.

Europäisches Parlament

18.–22. Januar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt einer feierlichen Sitzung, die von der Alterspräsidentin Frau Weiss eröffnet wird, steht die Wahl eines neuen Parlamentspräsidiums für die zweite Hälfte dieser Legislaturperiode. Der niederländische Sozialist Piet Dankert wird im 4. Wahlgang mit 191 Stimmen bei 42 Enthaltungen zum neuen Parlamentspräsidenten gewählt. Auf seinen Gegenkandidaten, den deutschen Christdemokraten Egon Klepsch, entfallen 175 Stimmen.

Der amtierende Ratspräsident, der belgische Außenminister Leo Tindemans, stellt sein politisches Programm vor und setzt darin drei Prioritäten: Stärkung und Weiterentwicklung der Gemeinschaft, europäische Solidarität auf internationaler Ebene und Verbesserung der Beziehungen zwischen den Institutionen.

Außerdem finden Debatten über die Lage in der Türkei und die aktuelle Entwicklung in Polen statt. In der Türkei-Entschließung wird gefordert, die EG-Finanzhilfe nicht mehr zu erneuern, die Beziehungen zwischen der EG und der Türkei abzubrechen und das Mandat der Abgeordneten des EP im gemischten Ausschuß nicht mehr zu verlängern, solange in der Türkei keine freien Parlamentswahlen ausgeschrieben werden. In der von der EVP-Fraktion eingereichten Polen-Entschließung wird gefordert, daß eine Delegation des EP nach Polen einreisen dürfe, um sich von der Lage der Bevölkerung und der Verwendung der EG-Nahrungsmittelhilfe zu überzeugen. Ferner erklärt das Parlament den 30. Januar 1982 zum „Tag der Solidarität" mit dem polnischen Volk.

In einer Entschließung wird die Kommission aufgefordert, gegenüber den Mitgliedstaaten erneut Schritte einzuleiten, um endlich eine umfassende Gemeinschaftsaktion im Bereich der innergemeinschaftlichen Beförderung von gefährlichen Stoffen in Gang zu bringen.

Agrarpolitik

19. Januar: Der Rat der Landwirtschaftsminister legt die Aufteilung der Einfuhrkontingente für Rindfleisch auf die einzelnen Mitgliedstaaten fest, einigt sich über Sonderbeihilfen an Italien für Rohtabak und über die Erzeugervereinigungen im Baumwollsektor.

Senegal

21. Januar: Der Präsident der Republik Senegal, Abdou Diouf, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab. Im Mittelpunkt umfangreicher Gespräche stehen die besondere Zusammenarbeit zwischen Europa und Afrika, der Nord-Süd-Dialog, die Lage der Weltwirtschaft und die Weiterentwicklung der Gemeinschaft.

Außenbeziehungen

25. Januar: Die Außenminister setzen ihre am 15. Januar unterbrochene informelle Tagung über das Mandat vom 30. Mai 1980 fort. Großbritannien lehnt erneut die von der Kommission vorgelegten Kompromißvorschläge zur Reform des Agrarhaushaltes ab. Die Minister bitten schließlich Ratspräsident Tindemans und Kommissionspräsident Thorn um eine Vermittlungsaktion in den Hauptstädten.

Daneben wird auf dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Polen eine Verschärfung der gemeinsamen Handelsrichtlinien mit der Sowjetunion und Polen ins Auge gefaßt.

Portugal

25. Januar: Der portugiesische Premierminister, Pinto Balsemao, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn und Vizepräsident Natali über das weitere Programm der Beitrittsverhandlungen.

Europarat

25.–29. Januar: Im dritten Teil ihrer 33. ordentlichen Sitzung diskutiert die Parlamentarische Versammlung über die aktuelle Lage in Polen und der Türkei. In einer Entschließung verurteilt sie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen und fordert ihre Mitgliedstaaten zu gemeinsamen Maßnahmen gegenüber der Sowjetunion und Polen auf. In einer weiteren Entschließung werden die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei verurteilt, die Wiederherstellung der Grundfreiheiten gefordert und die Regierungen der Mitgliedstaaten aufgerufen, bei der Menschenrechtskommission eine Beschwerde gegen die türkische Militärregierung einzureichen.

Außenbeziehungen

26. Januar: Auf einer Sitzung des Rates der Außenminister erhebt Frankreich Einwände gegen die tags zuvor in Aussicht gestellte Verschärfung der gemeinsamen Handelsrichtlinien mit der Sowjetunion und Polen und verhindert damit einen entsprechenden Beschluß. Allerdings wird beschlossen, keine Agrarerzeugnisse mehr zu Sonderpreisen direkt an Polen zu liefern, sondern mit den dadurch freiwerdenden Mitteln die humanitäre Hilfe für die Bevölkerung durch Nichtregierungs-Organisationen zu unterstützen.

Ratspräsident Tindemans versucht mit der Vorlage eines Kompromißvorschlages den Streit um den Haushalt 1982 zu schlichten, doch wird eine Entscheidung darüber vertagt. Außerdem beraten die Minister über die fällige Preiserhöhung von AKP-Zucker, die unter das Allfaserabkommen fallenden Textilimporte und Demonstrationsvorhaben im Energiebereich.

Agrarpolitik

27. Januar: Die Kommission verabschiedet endgültig ihre bereits dem Rat übermittelten Vorschläge über die Preise und die flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83. Neben einer nach Erzeugnissen gestaffelten Preisanhebung von durchschnittlich 9 % schlägt sie die Einführung von Produktionsschwellen und eine umfassende Änderung der Währungsausgleichsbeiträge vor.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27.–28. Januar: Auf der 194. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden zwei neue Studien vorgelegt; eine über die Ziele und Prioritäten der gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungspolitik und eine über die Bilanz und Kohärenz der Außenbeziehungen der Gemeinschaft. Zu dem Themenkomplex Außenbeziehungen wird dem Vorstand die Einrichtung einer Ständigen ad hoc-Studiengruppe empfohlen. Außerdem nimmt das Plenum ein Dossier der Kommission über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von transnationalen Unternehmen an.

Industriepolitik

28. Januar: Die Kommission und die USA unterzeichnen ein Abkommen über eine bessere Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Sicherheitsüberwachung von Kernmaterial.

Februar

Brasilien

2. Februar: Der brasilianische Planungsminister, A Delfim Netto, besucht die Kommission und führt Gespräche u.a. mit Präsident Thorn über die Weltwirtschaftslage und die beiderseitige Zusammenarbeit im Eisenerzsektor.

USA

8.–9. Februar: Zwischen der Kommission und der amerikanischen Regierung finden in Washington Konsultationen auf hoher Ebene statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen der Stand der bilateralen Beziehungen, insbesondere der Stahlstreit und Fragen der Landwirtschaft, sowie die Vorbereitung der nächsten GATT-Ministertagung und die Beziehungen zu Japan.

Tunesien

9.–12. Februar: Der Vizepräsident der Kommission, Natali, stattet Tunesien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Bourgiuba und hohen Regierungsvertretern über bilaterale Fragen und die Probleme, die sich aus einer Erweiterung der Gemeinschaft für die beiderseitigen Beziehungen ergeben könnten.

Wirtschaft und Finanzen

15. Februar: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen diskutiert ausführlich über die Stabilisierung und den Ausbau des EWS.

Europäisches Parlament

15.–19. Februar: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt steht die Vorlage des Programms der Kommission für 1982 durch Präsident Thorn. Es enthält folgende Schwerpunkte: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Inflation, Intensivierung der Arbeiten über das Mandat vom 30. Mai 1980, Neubelebung des politischen und institutionellen Integrationsprozesses und Abschluß der Verhandlungen über die Erweiterung der Gemeinschaft durch Spanien und Portugal. Sollte die Gemeinschaft nicht in der Lage sein sich über eine neue gemeinsame Agrarpolitik und die britischen Beitragszahlungen zu einigen, sieht Thorn eine schwere Identitätskrise auf sie zukommen. Breiten Raum nimmt auch die Debatte über den aktuellen Stand der Diskussion über das Mandat vom 30. Mai 1980 ein, deren gegenwärtiger Stillstand in

einer Resolution nachdrücklich bedauert wird.

Das Parlament befaßt sich außerdem mit dem fünften Programm für mittelfristige Wirtschaftspolitik, Problemen im Wein- und Energiesektor, bestimmten Aspekten der regionalen Entwicklungsplanung, den französischen Maßnahmen zur Wiedereroberung des Binnenmarktes und verabschiedet Entschließungen u.a. zur Lage der Klein- und Mittelbetriebe in der Gemeinschaft, zum ersten periodischen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage in den einzelnen Regionen und zur Stellung älterer Menschen in der Gesellschaft.

Ferner werden Großbritannien und Griechenland aufgefordert, dem EWS beizutreten und die Kommission ersucht, einen langfristigen integrierten Mittelmeerplan auszuarbeiten.

Agrarpolitik

15.–16. Februar: Der Rat der Landwirtschaftsminister führt einen ersten Gedankenaustausch über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83 und erneut eine Grundsatzdebatte über die Reform der Gemeinschaftsmaßnahmen für Mittelmeerprodukte. Außerdem fordert er die Kommission auf, neue Vorschläge zur Modernisierung landwirtschaftlicher Betriebe zu erarbeiten.

Spanien

19. Februar: Der spanische Industrieminister Bayon führt im Rahmen der Beitrittsverhandlungen mit den Vizepräsidenten der Kommission, Natali und Davignon, Gespräche über Industriefragen, insbesondere über Probleme bezüglich der EGKS.

Europäisches Währungssystem

21. Februar: Im Einvernehmen mit der Kommission und dem Währungsausschuß beschließen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten auf einer Sondersitzung, die Leitkurse innerhalb des EWS anzupassen und den belgischen und luxemburgischen Franc um 8,5 % sowie die dänische Krone um 3 % abzuwerten.

Portugal

22. Februar: Die sechste Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Portugals zur EG führt zur Einigung in den Bereichen: Kapitalverkehr, Wirtschaft und Finanzen, Regionalpolitik sowie Verkehr und Euratom.

Außenbeziehungen

22.–23. Februar: Der Rat der Außenminister diskutiert über die von Japan angekündigten Maßnahmen, die er lediglich als ersten noch unzureichenden Schritt zur Verbesserung der Handelsbeziehungen ansieht, und über die diesbezüglichen Aktionsvorschläge der Kommission. Die Minister stimmen dem Vorschlag der Kommission zu, 8 Mio. ECU aus dem Topf der Agrarpreisvergünstigungen für Polen als humanitäre Soforthilfe durch Nichtregierungs-Organisationen freizugeben.

Außerdem wird gegen die Stimme Griechenlands über handelspolitische Maßnahmen gegen die Sowjetunion beraten, der Meinungsaustausch über die Handelsbeziehungen mit den USA fortgesetzt, eine Aufstockung der Finanzmittel für Nutzungs- und Demonstrationsvorhaben im Energiesektor gebilligt sowie eine zweite Tranche für soziale Maßnahmen in der Eisen- und Stahlindustrie in Höhe von 62 Mio. ECU aus dem Gesamthaushaltsplan auf den EGKS-Haushalt übertragen.

Neuseeland

22.–25. Februar: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Neuseeland einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Premierminister Muldoon und Außenminister Cooper vor allem über agrar- und handelspolitische Fragen.

EPZ

23. Februar: Auf einer Tagung im Rahmen der EPZ erörtern die Außenminister einen von der zuständigen Arbeitsgruppe unter Leitung des Botschafters de Schoutheete vorgelegten Zwischenbericht über die Europäische Akte. Außerdem wird die Fortsetzung der Madrider KSZE-Folgekonferenz und die aktuelle Lage in Polen, der Türkei, dem Nahen Osten und in El Salvador beraten.

Finanzpolitik

23. Februar: Die Kommission übermittelt dem EP den gewünschten Bericht über die weitere Harmonisierung der Verbrauchssteuern auf Tabakwaren. Dies ist erstmals ein von der Kommission zu einem ihrer eigenen Vorschläge vorgelegter Bericht.

Grönland

23. Februar: In einer Volksabstimmung spricht sich die Mehrheit der grönländischen Bevölkerung für den Austritt aus der EG aus.

Energiepolitik

24. Februar: Die Kommission verabschiedet einen Bericht über die Energiesituation in der Gemeinschaft. Danach ist 1981 der Energieverbrauch aufgrund der wirtschaftlichen Rezession um rund 4,6 % gesunken. Allein der Erdölverbrauch verringerte sich um etwa 9 %. Dagegen stieg das Kernenergieangebot um rund 32 %. Die EG ist demnach noch zu ungefähr 50 % von auswärtigen Energielieferungen abhängig.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

24.–25. Februar: Im Mittelpunkt der 195. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses steht die Aussprache zu den Stellungnahmen über die Koordinierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente und zum Zehnten Bericht über die Wettbewerbspolitik. Außerdem werden Stellungnahmen verabschiedet über die Gemeinsamen Marktorganisationen für Wein sowie für Obst und Gemüse und die Durchführung einer Erhebung über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe.

Industriepolitik

25. Februar: Der für Textilfragen zuständige Ministerrat gelangt zu einer Einigung über das Protokoll zur Verlängerung des Multifaserabkommens, verabschiedet neue Direktiven über den passiven Veredelungsverkehr und die globalen Höchstmengen für die Einfuhren von 1983–1986 und ermächtigt die Kommission diesbezüglich Verhandlungen über eine Erneuerung der bilateralen Abkommen aufzunehmen.

Australien

25.–28. Februar: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Australien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Premierminister Fraser und hohen Regierungsvertretern über den Ausbau der bilateralen Beziehungen und aktuelle internationale Fragen. Während seines Besuches eröffnet Präsident Thorn offiziell die Delegation der Kommission in Canberra.

Guinea

25. Februar–1. März: Eine Ministerdelegation der Republik Guinea besucht die Kommission und führt Gespräche über bilaterale und entwicklungspolitische Fragen.

März

Entwicklungspolitik

2. März: Die für Entwicklungspolitik zuständigen Minister erörtern auf einer informellen Sitzung den Stand des Nord-Süd-Dialogs, die Arbeiten zum Mandat vom 30. Mai, Probleme des Stabex-Systems und die Verwirklichung des Aktionsplanes zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Regionalpolitik

4. März: Die Kommission genehmigt die Gewährung von Zuschüssen des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) in Höhe von 78,38 Mio. ECU. Die Mittel sind für 89 Investitionsvorhaben in Griechenland und Irland bestimmt.

Belize

5. März: Belize tritt dem 2. Abkommen von Lomé bei und wird damit der 62. AKP-Staat.

Frankreich

5. März: Der französische Premierminister, Pierre Mauroy, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die französische Europapolitik, das Memorandum der französischen Regierung vom Oktober 1981 und eine neue koordinierte Aktion zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Auf einer anschließenden Pressekonferenz erläutert Mauroy, daß die Finanz- und Wirtschaftspolitik seiner Regierung zwar auf eine Wiedereroberung des französischen Binnenmarktes abziele, aber keine neue protektionistische Ära einleite.

Forschungspolitik

8. März: Der Rat der für die Forschung zuständigen Minister erarbeitet gemeinsame Leitlinien für das Forschungsprogramm „Rohstoffe" für 1982–1985 und einigt sich über den Finanzrahmen und die wesentlichen Punkte des Forschungsprogrammes auf dem Gebiet der thermonuklearen Fusion für den Zeitraum von 1982–1986.

Europäisches Parlament

8.–12. März: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das Parlament verabschiedet aufgrund des Seitlinger-Berichts den Entwurf über ein einheitliches Wahlrecht für die 2. Direktwahl 1984. Das neue Wahlverfahren sieht ein Verhältniswahlsystem mit national verbundenen Wahlkreisen vor, in denen 3–15 Abgeordnete zu wählen sind. Passives Wahlrecht erhalten EG-Bürger, wenn sie seit mindestens fünf Jahren in ihrem Gastland wohnen, aktives Wahlrecht aber nur im Land ihrer Staatsangehörigkeit.

Nach einer Debatte über die Währungspolitik und die kürzliche Änderung der Wechselkurse werden zwei Entschließungen zur Lage des EWS angenommen. Außerdem werden Entschließungen verabschiedet über den weltweiten Schutz von Jungrobben und ein Einfuhrverbot für Erzeugnisse aus Fellen von Seerobbenbabys, über die gemeinsame Verkehrspolitik, den Datenschutz, die Sicherheit von Energieanlagen der Kernindustrie, über ein neues System zur Regelung der Agrarexporte in die Sowjetunion sowie zur Lage in El Salvador und Kambodscha.

Ferner wird die Kommission aufgefordert, neue Leitlinien für eine gemeinsame Rohstoffpolitik auszuarbeiten und innerhalb von sechs Monaten einen Medienbericht vorzulegen.

Außenbeziehungen

9. März: Der Generalsekretär der arabischen Liga, Chadli Klibi, stattet der Kommission einen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn und Ratspräsident Tindemans über die Lage im Nahen Osten und den Stand des euro-arabischen Dialogs. Klibi bringt seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die seit November 1980 vorgesehene euro–arabische Ministerkonferenz endlich stattfinden könne.

Institutionen

9. März: Der Ire Michael O'Kennedy tritt von seinem Amt als Mitglied der Kommission zurück, da er ins irische Parlament gewählt wurde. Die irische Regierung schlägt Richard Burke als Nachfolger vor, der bereits unter der Präsidentschaft von Roy Jenkins (1977–1981) Mitglied der Kommission war.

Außenbeziehungen

10. März: Die Kommission schlägt dem Rat die Eröffnung von Verhandlungen mit Algerien, Ägypten, Marokko und Tunesien zum Abschluß von Rahmenabkommen über Mehrjahreslieferungen von landwirtschaftlichen Erzeugnissen vor.

Sozialpolitik

11.–12. März: Der von der Kommission eingesetzte Beratende Ausschuß für Chancengleichheit von Männern und Frauen konstituiert sich und wählt Lady Betty Lockwood zu seiner Vorsitzenden.

Wirtschaft und Finanzen

15. März: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen einigt sich über mehrere Punkte seines Programms für den Ausbau des EWS, führt einen weiteren Meinungsaustausch über die Beziehungen zu Japan, beschließt, den Gesamtbetrag der Euratom-Anleihen auf 2 Mrd. ECU zu erhöhen und berät in einer Konzertierungssitzung mit einer Delegation des EP, die von Parlamentspräsident Dankert geleitet wird, über die Leitlinien des NGI II.

Agrarpolitik

15.–17. März: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Beratungen über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83 fort und diskutiert über den gemeinschaftlichen Besitzstand bei Erzeugnissen des Mittelmeerraumes und über eine Verlängerung der Geltungsdauer der soziokulturellen Richtlinien.

Energiepolitik

16. März: Der Rat für Energiefragen prüft die aktuellen Markttendenzen im Bereich der Energieversorgung, erörtert den Stand der Investitionstätigkeit für eine rationelle Energienutzung und diskutiert über die Punkte Kernenergie und Erdgas im Rahmen der energiepolitischen Strategie der Kommission. Außerdem fordert er die Mitgliedstaaten auf, wegen der Erdölknappheit das derzeitige Vorratsniveau sicherzustellen.

Wirtschaftspolitik

19. März: Die Kommission verabschiedet ihren „Elften Bericht über die Wettbewerbspolitik", der im Zusammenhang mit dem Gesamtbericht über die Tätigkeit der EG veröffentlicht wird.

Türkei

19. März: Der belgische Außenminister Tindemans besucht im Auftrag des Rates die Türkei und führt mit der türkischen Regierung Gespräche über die baldige Rückkehr zu demokratischen Verhältnissen.

Griechenland

22. März: Die griechische Regierung übermittelt Ratspräsident Tindemans und Kommissionspräsident Thorn ein Memorandum über die Beziehungen Griechenlands zur Gemeinschaft. Darin fordert sie von der EG vor allem mehr wirtschaftliche Unterstützung für ihre regionale Entwicklungsplanung.

Spanien

22. März: Die 10. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Spaniens zur EG verabschiedet die sechs ersten Kapitel des sogenannten „Minipakets".

Außenbeziehungen

22.–23. März: Der Rat der Außenminister diskutiert erneut über die Beziehungen zu Japan und beschließt wegen des inakzeptablen Standes der bisherigen Verhandlungen gegenüber Japan, ein Verfahren nach Artikel 23 des GATT einzuleiten. Außerdem stimmt er dem Beitritt der EG zum 6. Internationalen Zinn-Abkommen zu und erörtert im Rahmen des Mandats vom 30. Mai einen von Kommissionspräsident Thorn und dem Ratsvorsitzenden Tindemans vorgelegten Kompromißvorschlag über den britischen Haushaltsbeitrag ergebnislos.

Griechenland legt ein Memorandum über seine Mitgliedschaft in der EG vor und fordert von der Gemeinschaft mehr wirtschaftliche Unterstützung.

Neuseeland

23. März: Der neuseeländische Außenminister Cooper stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche insbesondere über die bilateralen Beziehungen im Agrarbereich.

EPZ

23. März: Auf einer Tagung im Rahmen der EPZ diskutieren die Außenminister vor allem die Lage im Nahen Osten.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

24. März: Der Wirtschafts- und Sozialausschuß stimmt auf seiner 196. Plenartagung nach langer Diskussion den Vorschlägen der Kommission über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83 zu.

Europäisches Parlament

24.–26. März: Tagung des EP in Straßburg. Am 25. März findet anläßlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge eine feierliche Parlamentssitzung statt, auf der die Präsidenten des Parlaments, des Rates und der Kommission Festreden halten. Parlamentspräsident Dankert schlägt dabei eine 2. Konferenz von Messina vor, die der Europäischen Integration neue Impulse geben soll.

Außerdem spricht sich das Parlament am Ende einer ausführlichen Debatte über die Agrarpreise global gegen die Kommissionsvorschläge aus, lehnt jegliche Ausdehnung der Erzeugermitverantwortung auf weitere Produktionsbereiche und die vorgeschlagenen Produktionsziele ab und empfiehlt seinerseits eine durchschnittliche Anhebung der Agrarpreise um 14 %.

Ferner erläutert Herr Hopper den Zwischenbericht zum Mandat vom 30. Mai, der auf den Europäischen Rat Druck ausüben soll, um endlich zu konkreten Ergebnissen zu gelangen.

Europäischer Rat

29.–30. März: Zu Beginn der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel findet eine Feierstunde anläßlich des 25 Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge statt, auf der der belgische König Baudouin die Festansprache hält. Anschließend unterzeichnen die Außenminister den Vertrag zur Gründung der Europäischen Stiftung mit Sitz in Paris.

Im Mittelpunkt der Beratungen steht die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft. Der Rat der Finanzminister wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung im Juni einen neuen Bericht über die Entwicklung des EWS vorzulegen. Der Bericht von Ratspräsident Tindemans zum Stand der Arbeiten über das Mandat vom 30. Mai wird positiv zur Kenntnis genommen und die noch offenen Fragen zur dringlichen Erledigung an den Rat der Außenminister verwiesen. Der griechische Ministerpräsident Papandreou erklärt, daß das Memorandum seiner Regierung als kritischer

Diskussionsbeitrag und nicht als Forderung nach Neuverhandlung des Beitrittsvertrages zu verstehen sei.

Außerdem erörtert der Rat im Rahmen der EPZ den Stand der transnationalen Beziehungen, die Ost-West-Beziehungen und die politische Lage im Nahen Osten, in Mittelamerika, Polen, Afghanistan und der Türkei. Außenminister Tindemans erstattet Bericht über seine Gespräche mit der türkischen Regierung, die ihm zugesichert habe, innerhalb von zwei Jahren wieder zu demokratischen Verhältnissen zurückzukehren.

Agrarpolitik

31. März–2. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Beratungen über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83 fort. Eine endgültige Beschlußfassung ist erst nach einer Einigung im Außenministerrat über den britischen Haushaltsbeitrag vorgesehen.

April

EPZ, Falkland-Konflikt

2. April: Ratspräsident Tindemans gibt im Namen der EG-Mitgliedstaaten eine Erklärung ab, in der die argentinische Invasion auf den Falkland-Inseln verurteilt und Argentinien aufgefordert wird, unverzüglich seine Streitkräfte zurückzuziehen, jede gewaltsame Aktion einzustellen und eine diplomatische Lösung anzustreben.

Marokko

4.–5. April: Kommissionsmitglied Pisani stattet Marokko einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit hohen Regierungsvertretern über bilaterale Fragen und die Mittelmeerpolitik der EG.

Sozialpolitik

5.–6. April: Auf einer informellen Tagung der Arbeits- und Sozialminister stehen die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Förderung öffentlicher Investitionen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in Klein- und Mittelbetrieben sowie eine Neugestaltung der Arbeitszeit im Mittelpunkt der Beratungen. Die Kommission wird aufgefordert, ein Memorandum zur Verkürzung der Arbeitszeit auszuarbeiten.

Algerien

5.–7. April: Der Vizepräsident der Kommission, Natali, stattet Algerien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit hohen Regierungsvertretern über die Mittelmeerpolitik und die Auswirkungen der Erweiterung der EG.

EPZ, Falkland-Konflikt

6. April: Die britische Regierung ersucht offiziell die EG wegen der Invasion auf den Falkland-Inseln, Sanktionen gegen Argentinien zu verhängen.

Kommission, Falkland-Konflikt

6. April: Die EG-Kommission verurteilt die argentinische Invasion auf den Falkland-Inseln, solidarisiert sich mit Großbritannien und appelliert an die argentinische Regierung, der Entschließung des UN-Sicherheitsrates zuzustimmen.

EPZ, Falkland-Konflikt

10. April: Ratspräsident Tindemans verurteilt in einer Erklärung im Namen der EG erneut die argentinische Invasion auf den Falkland-Inseln und verlangt von Argentinien die rasche und uneingeschränkte Erfüllung der Resolution 502 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Außerdem teilt er einen Beschluß der zehn EG-Regierungen mit, umgehend gegen Argentinien Sanktionen zu verhängen. Einem vollständigen Embargo im Bereich der Waffen- und Rüstungsexporte sollen auch wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen folgen.

Portugal

14.–16. April: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Portugal einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Staatspräsident General Eanes, Premierminister Balsemão und hohen Regierungsvertretern über den weiteren Verlauf der Beitrittsverhandlungen.

EPZ, Falkland-Konflikt

16. April: In Ausführung des Beschlusses der EG-Mitgliedstaaten vom 10. April erläßt der Rat eine Verordnung zur Aussetzung der Einfuhr aller Erzeugnisse mit Ursprung in Argentinien, die in der Gemeinschaft in den freien Verkehr gebracht werden sollen. Dieses Embargo gilt zunächst für einen Monat.

Europäisches Parlament

19.–23. April: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das Parlament folgt der Empfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle, die Entlastung für die Haushaltsführung 1980 auf den Herbst zu verschieben und verabschiedet die Leitlinien für den Haushaltsplan 1983, dessen Schwerpunkt auf der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit liegt. Im Mittelpunkt der außenpolitischen Debatte steht der Falkland-Konflikt. In einer dazu angenommenen Entschließung werden die argentinische Invasion scharf verurteilt, die Erfüllung der Resolution 502 des UN-Sicherheitsrates durch Argentinien gefordert, die Bedeutung der Gemeinschaftssolidarität unterstrichen sowie die Subventionsmaßnahmen der EG bekräftigt und gefordert, sie solange aufrechtzuerhalten, bis die UN-Resolution erfüllt ist.

Außerdem setzt der belgische Ministerpräsident Martens als amtierender Ratspräsident die von Frau Thatcher eingeführte Praxis fort und erstattet einen ausführlichen Bericht über die letzte Tagung des Europäischen Rates. In der folgenden Debatte bedauern nahezu alle Redner die dürftigen Ergebnisse dieser Gipfelkonferenz. Ferner werden Entschließungen u.a. zur Jugendarbeitslosigkeit, Luftverschmutzung, Fischereipolitik sowie zur Wirtschaftshilfe für Ägypten und zur Lage im Libanon verabschiedet.

EPZ, Falkland-Konflikt

20. April: Auf einer informellen Sitzung bekräftigen die Außenminister ihren bisherigen Kurs im Falkland-Konflikt und ihre volle Solidarität mit Großbritannien und unterstützen die Bemühungen des amerikanischen Außenministers Haig um eine diplomatische Lösung.

Agrarpolitik

21.–22. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt die Agrarpreisrunde fort, ohne eine Einigung zu erzielen.

Thailand

23. April: Der thailändische Ministerpräsident, Prem Tinsulanonda, besucht mit mehreren Ministern die Kommission und führt u.a. mit Präsident Thorn Gespräche über die Beziehungen Thailands zur EG und die politische Lage in Südostasien.

Wirtschaft und Finanzen

24. April: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen erörtert die Schlußfolgerungen des Europäischen Rates über die Investitionspolitik des EWS und die internationale Wirtschaftspolitik und verabschiedet im Rahmen des NGI II die Genehmigung einer Anleihe in Höhe von 1 Mrd. ECU.

EPZ

25. April: In einer Erklärung verurteilen die EG-Außenminister nachdrücklich die Bombardierung des Libanon durch die israelische Luftwaffe.

Portugal

26. April: Die 7. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Portugals zur EG befaßt sich hauptsächlich mit der Frage der Direktinvestitionen und dem Niederlassungs- und Steuerrecht.

Frankreich

26. April: Die französische Regierung übermittelt den Präsidenten des Rates und der Kommission ein „ergänzendes Memorandum" zum französischen Memorandum vom November 1981 mit Vorschlägen zur Stärkung des Instrumentariums einer gemeinsamen Handelspolitik.

Soforthilfe Indien

26. April: Der Rat beschließt, Indien eine Nahrungsmittel-Soforthilfe in Höhe von 14,83 Mio. ECU zu gewähren.

Außenbeziehungen

26.–27. April: Der Rat der Außenminister führt eine Grundsatzdebatte über die Reform des Regionalfonds, setzt seine Beratungen über das Mandat vom 30. Mai fort und erörtert den Entwurf des Parlaments über ein einheitliches Wahlverfahren bei der nächsten Direktwahl sowie Probleme des interinstitutionellen Haushaltsdialogs. Außerdem genehmigt er die Leitlinien für die Verhandlungen über das Zusatzprotokoll zum Abkommen EWG – Portugal und die Nahrungsmittelhilfe-Programme für 1982.

Europarat

26.–30. April: Die Parlamentarische Versammlung des Europarates verurteilt die argentinische Invasion auf den Falkland-Inseln, verlangt die

Anerkennung der Resolution 502 des UN-Sicherheitsrates und begrüßt die Sanktionsmaßnahmen der EG. Im Mittelpunkt der weiteren Beratungen stehen die Entwicklungspolitik, die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, Fragen des Umweltschutzes und die Lage in Polen und Zypern. In einer Entschließung wird die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Lateinamerika angeprangert.

EPZ

27. April: Nach einer Sitzung im Rahmen der EPZ begrüßen die Außenminister in einer Erklärung die vollständige Räumung der Sinai-Halbinsel durch Israel und protestieren in einer weiteren Erklärung scharf gegen das Einreiseverbot für eine Delegation des EP nach Pakistan.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

28.–29. April: Auf der 197. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden die Vorschläge der Kommission zur Teilarbeitszeit, Förderung der Chancengleichheit der Frauen, Erdölbevorratung und eine Änderung der EFRE begrüßt und Stellungnahmen über den Ausbau des EWS und das Programm 1982 zur Verwirklichung der Zollunion verabschiedet.

Agrarpolitik

28.–30. April: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt die Agrarpreisrunde fort und erzielt eine weitgehende Einigung über den Gesamtkompromiß. Doch machen Großbritannien und Griechenland wieder Vorbehalte geltend und verhindern damit die endgültige Verabschiedung.

Schweiz

29.–30. April: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet der Schweiz einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Bundespräsident Honegger und hohen Regierungsvertretern über bilaterale Fragen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa.

Mai

Industriepolitik

4. Mai: Der Ministerrat für Industriefragen erzielt eine grundsätzliche Einigung über die Verlängerung des Marktorganisationssystems in der Eisen- und Stahlindustrie um ein Jahr und erörtert die Durchführung der Industriestrategie der Gemeinschaft.

Nicaragua

5. Mai: Eine Ministerdelegation aus Nicaragua stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche u.a. mit Präsident Thorn über die bilateralen Beziehungen. Trotz der gespannten politischen Lage in Mittelamerika ist die Gemeinschaft bereit, ihre Zusammenarbeit mit Nicaragua aufrechtzuerhalten und auszubauen.

Außenbeziehungen

8.–9. Mai: Auf einer informellen Tagung des Rates der Außenminister in Villers-le-Temple stehen die aktuelle Entwicklung im Falkland-Konflikt, die Arbeiten zur Europäischen Akte sowie die britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt im Mittelpunkt der Beratungen. Obwohl Kommissionspräsident Thorn einen neuen Kompromißvorschlag im Haushaltsstreit vorlegt, enden die Verhandlungen wegen der starren Haltung der britischen Regierung wieder ergebnislos.

Sozialpolitik

10. Mai: Die Kommission genehmigt den „Bericht über die soziale Entwicklung im Jahre 1981", der im Zusammenhang mit dem „Fünfzehnten Gesamtbericht über die Tätigkeiten der Europäischen Gemeinschaften" veröffentlicht wird. Danach hat sich die Wirtschaftstätigkeit der Gemeinschaft 1981 weiter abgeschwächt, das Bruttoinlandsprodukt ist gegenüber dem Vorjahr um 0,5 % gesunken und die Arbeitslosigkeit ist im Vergleich zu 1980 sogar um fast 30 % gestiegen.

Agrarpolitik

10.–11. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Beratungen über die Agrarpreise fort und erzielt schließlich einen Gesamtkompromiß, dem allerdings nur neun Delegationen zustimmen. Großbritannien ist mit der vorgesehenen Lösung vor allem wegen der noch ungelösten Frage seiner Beitragszahlungen nicht einverstanden und droht für den Fall, daß die Agrarpreise mit einem Mehrheitsbeschluß verabschiedet werden, der EG mit ernsthaften Konsequenzen.

Europäisches Parlament

10.–14. Mai: Sitzungswoche des EP in Straßburg. In einer erneuten Entschließung zum Falkland-Konflikt bekräftigt das Parlament seine Entschließung vom 22. April und fordert die Außenminister auf, die von der EG gegen Argentinien verhängten Sanktionen zu verlängern, falls bis zum 16. Mai keine Lösung des Konflikts gefunden wird.

Über den von Herrn Geurtsen vorgelegten Bericht über die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Aktiengesellschaften und über das neue Aktionsprogramm der Kommission zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen finden ausführliche Debatten statt. Außerdem legt der Vizepräsident der Kommission, Tugendhat, den Vorentwurf des Berichtigungshaushaltes Nr. 1–1982 vor.

Ferner werden Entschließungen verabschiedet zur Bekämpfung des Drogenkonsums und des Analphabetentums, zur Verkehrsinfrastrukturpolitik, der Anwendung des Stabex-Systems, der Ministertagung des GATT und zum bisherigen Verlauf der Agrarpreisrunde.

Institutionen

11. Mai: Der Ministerrat für Haushaltsfragen setzt die Arbeiten über eine Verbesserung des interinstitutionellen Dialoges hinsichtlich der Abwicklung des Haushaltsverfahrens fort.

Verkehrspolitik

11. Mai: Die Kommission übermittelt dem Rat eine Mitteilung über ein Aktionsprogramm auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit der Eisenbahnen.

Haushaltspolitik

12. Mai: Die Kommission verabschiedet den Vorentwurf des Gesamthaushaltsplanes für 1983 und den Vorentwurf des Berichtigungshaushaltes Nr. 1–1982.

Institutionen

12. Mai: Die Kommission legt eine Mitteilung vor über die Rolle des Europäischen Parlaments bei der Ausarbeitung und dem Abschluß von internationalen Abkommen und Beitrittsverträgen. Darin gesteht sie dem EP das Recht zu, künftig an der Ausarbeitung und dem Abschluß von Verträgen beteiligt zu werden, die für die Festlegung und Durchführung der Gemeinschaftspolitik von entscheidender Bedeutung sind.

Wirtschaftspolitik

12.–13. Mai: Im Auftrag des Weltwirtschaftsgipfels von Ottawa findet auf Schloß Esclimont bei Paris das 2. informelle Treffen zwischen den USA, Japan, Kanada und der EG statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Liberalisierung des Welthandels, die nächste Ministertagung des GATT und die Vorbereitung der Gipfelkonferenz von Versailles.

Entwicklungspolitik

13.–14. Mai: In Libreville (Gabun) findet die 7. Tagung des AKP–EWG–Ministerrates statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen das Stabex-System, das Zuckerprotokoll und die finanzielle und technische Zusammenarbeit.

Industriepolitik

14. Mai: Die Kommission erläßt eine Verordnung über die Verpflichtung für Stahlunternehmen, sie jeden Monat über ihre Aufträge aus und ihre Lieferungen in die USA zu informieren.

Außenbeziehungen

16.–17. Mai: In Luxemburg findet am Rande der NATO-Frühjahrskonferenz eine informelle Tagung des Rates der Außenminister statt. Im Mittelpunkt stehen der Falkland-Konflikt und die Verlängerung der gegen Argentinien verhängten Sanktionen zunächst bis zum 24. Mai, der allerdings nur sieben Mitgliedstaaten zustimmen, da Dänemark, Italien und Irland Vorbehalte anmelden. Die Außenminister erörtern außerdem den umstrittenen Abschluß der Agrarpreisrunde und die britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt. Großbritannien weigert sich nach wie vor, dem Kompromißvorschlag der Kommission zuzustimmen.

Wirtschaft und Finanzen

17. Mai: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen erörtert auf einer informellen Tagung den Stand der Arbeiten über den Ausbau des EWS und internationale Wirtschaftsfragen.

Agrarpolitik

17.–18. Mai: Der Rat der Landwirtschaftsminister verabschiedet gegen die Stimme Großbritanniens das Gesamtpaket der Agrarpreise und flan-

kierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1982/83. Danach beträgt die durchschnittliche Anhebung der Agrarpreise – unter Berücksichtigung einer Änderung der in der Landwirtschaft geltenden Wechselkurse – 12,2 %. Entgegen der im sog. Luxemburger Kompromiß vorgesehenen Einstimmigkeitspraxis wird die diesjährige Agrarpreisrunde mit einem Mehrheitsbeschluß entschieden!

Außerdem einigt sich der Rat grundsätzlich über die Bestimmung zur Anpassung des Gemeinschaftsrechts für Erzeugnisse des Mittelmeerraumes.

Peru

19. Mai: Der peruanische Premierminister, Ulloa Ellias, stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn und Vizepräsident Haferkamp über den Falkland-Konflikt, Fragen der Weltwirtschaft, den Nord-Süd-Dialog und die Beziehungen der EG zu Lateinamerika.

Außenbeziehungen

24. Mai: Auf einer informellen Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten üben der britische und dänische Außenminister harte Kritik am Mehrheitsbeschluß bei der Neuregelung der Agrarpreise. Der Rat kommt allerdings Großbritannien entgegen, indem er diesmal, obwohl Dänemark, Italien und Irland wieder Einspruch erheben, die gegen Argentinien verhängten Sanktionen bis auf unbestimmte Zeit zu verlängern bereit ist und endlich eine Einigung über die britischen Beitragszahlungen zum EG-Haushalt erzielt. Dabei wird Großbritannien eine über 50 %ige Ermäßigung seines Nettobeitrages zugestanden – immerhin 850 Mio. ECU, die nun von den übrigen Mitgliedstaaten übernommen werden müssen. Außerdem erörtern die Außenminister den aktuellen Stand der Arbeiten zur Europäischen Akte und vertagen das Thema auf eine Sondersitzung am 20. Juni.

Bildungspolitik

24. Mai: Der Ministerrat für Bildungsfragen setzt seine Beratungen über die Bildungs- und Ausbildungspolitik in Zusammenhang mit der aktuellen Beschäftigungslage fort, genehmigt einen Bericht über die akademische Anerkennung von Diplomen und Studienzeiten und erörtert die Auswirkungen der neuen Informationstechnologien auf die allgemeinen und beruflichen Bildungssysteme.

EPZ

24. Mai: Auf einer Tagung im Rahmen der EPZ erörtern die Außenminister die Lage in Mittelamerika, Namibia, im Nahen Osten und der Türkei und geben eine Erklärung ab zum Konflikt zwischen Iran und Irak, in der sie erneut die Erfüllung der Resolution 479 des UN-Sicherheitsrates fordern.

Außenbeziehungen

25. Mai: Der Rat der Außenminister verlängert das Handelsembargo gegen Argentinien bis auf unbestimmte Zeit, bereitet die Weltwirtschaftsgipfelkonferenz von Versailles vor und nimmt ein Memorandum der dänischen Regierung über den künftigen Status für Grönland entgegen.

Ägypten

25. Mai: Auf der 2. Tagung des Kooperationsrates EWG – Ägypten werden der Stand der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit und aktuelle außenpolitische Fragen erörtert und das 2. Finanzprotokoll mit einer Laufzeit von fünf Jahren unterzeichnet.

Forschungspolitik

26. Mai: Die Kommission übermittelt dem Rat ihre Leitlinien für das Programm 1984–1987 der Gemeinsamen Forschungsstelle (GFS).

Verkehrspolitik

26. Mai: Die Vertreter der EG, Finnlands, Norwegens, Österreichs, Portugals, Schwedens, der Schweiz und der Türkei unterzeichnen in Dublin das Abkommen über den grenzüberschreitenden Personengelegenheitsverkehr mit Kraftomnibussen (ASOR).

Sozialpolitik

27. Mai: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister verabschiedet Entschließungen zum neuen Aktionsprogramm zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen, über die Gemeinschaftsaktion zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sowie zur flexiblen Altersgrenze und stimmt einer Richtlinie über den Schutz der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch Blei am Arbeitsplatz zu.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27.–28. Mai: Auf der 198. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses, an der auch Parlamentspräsident Dankert teilnimmt, werden Stellungnahmen verabschiedet zum 3. Aktionsprogramm für den Umweltschutz, zur Förderung der kleinen und mittleren Unternehmen und zur Energiestrategie der Gemeinschaft.

Juni

Japan

3. Juni: Die Kommission begrüßt das von der japanischen Regierung am 28. Mai angekündigte Maßnahmenpaket, mit dem die gemeinsamen handelspolitischen Beziehungen verbessert werden sollen.

Wirtschaftspolitik

4.–6. Juni: Auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Versailles vereinbaren die Staats- und Regierungschefs und die Vertreter der Gemeinschaft, das multilaterale GATT-System zu stärken, protektionistischen Tendenzen im Welthandel entgegenzutreten und im Rahmen der OECD umgehend eine Neuregelung der Exportkredite zu erarbeiten.

Industriepolitik

8. Juni: Der Rat der Industrieminister stimmt der Verlängerung der Produktionsquotenregelung in der Stahlindustrie über den 30. Juni hinaus zu und erörtert Fragen der Zoll- und Handelspolitik und die Ursprungsregelungen der EFTA.

Entwicklungspolitik

8. Juni: Die Kommission leitet dem Rat eine Mitteilung zu über ein umfassendes Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

EPZ

9. Juni: Am Rande der NATO-Gipfelkonferenz in Bonn findet eine Sondersitzung der EG-Außenminister statt über die aktuelle Lage im Libanon. In einer Erklärung im Rahmen der EPZ verurteilen sie mit allem Nachdruck den Einmarsch der israelischen Streitkräfte im Libanon als flagrante Verletzung des Völkerrechts und fordern Israel auf, seine Truppen unverzüglich zurückzuziehen und die Resolution 508 und 509 des UN-Sicherheitsrates anzuerkennen.

Wirtschaftspolitik

9. Juni: Entsprechend dem Auftrag des Europäischen Rates vom März 1982 legt die Kommission dem Rat den ersten Bericht zur Investitionsförderungspolitik vor.

Verkehrspolitik

10. Juni: Der Rat der Verkehrsminister diskutiert über das Aktionsprogramm für die internationale Zusammenarbeit im Eisenbahnverkehr und verabschiedet eine Richtlinie über gemeinsame technische Vorschriften für Binnenschiffe, zwei Entscheidungen zur Förderung des kombinierten Verkehrs und die Regelung über die Sommerzeit von 1983–1985. Außerdem fordert er die Kommission auf, innerhalb von drei Monaten ein Versuchs programm im Rahmen der finanziellen Unterstützung der Verkehrsinfrastrukturen vorzulegen.

Finnland

10.–11. Juni: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Finnland einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Staatspräsident Koivisto und Außenminister Stenback über wirtschafts- und handelspolitische Fragen.

Europäisches Währungssystem

12. Juni: Im Einvernehmen mit der Kommission und dem Währungsausschuß beschließen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten auf einer Sondersitzung, die Leitkurse innerhalb des EWS anzupassen und die Deutsche Mark und den niederländischen Gulden um 4,25 % aufzuwerten sowie den französischen Franc um 5,75 % und die italienische Lira um 2,75 % abzuwerten.

China

12.–19. Juni: Eine Delegation der Kommission unter der Leitung von Vizepräsident Davignon stattet der Volksrepublik China einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Premierminister Zhao Ziyang und hohen Regierungsvertretern über die Vertiefung der Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschaft und Technologie sowie über bilaterale wirtschafts- und handelspolitische Fragen.

Agrarpolitik

14. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich über einen Richtlinienvorschlag für in Futtermitteln verwendete Erzeugnisse und erör-

tert Fragen aus dem Weinsektor und die beschleunigte Entwicklung der Landwirtschaft in bestimmten Regionen Griechenlands. Ferner verabschiedet er eine neue Verordnung zur Änderung der Produktionsabgaben im Zuckerbereich.

Wirtschaft und Finanzen

14. Juni: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen erörtert Fragen des Gesellschaftsrechts, Versicherungswesens und der Exportkredite und bereitet die Tagung des Europäischen Rates vor.

Griechenland

14. Juni: Die Kommission legt dem Rat eine Mitteilung vor über die weitere Behandlung des Memorandums der griechischen Regierung vom 22. März 1982.

Europäisches Parlament

14.–18. Juni: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Nach einer leidenschaftlichen Debatte über die gespannte Lage im Libanon verurteilt das Parlament in zwei Entschließungen die israelische Intervention, aber gleichzeitig auch alle vorangegangenen terroristischen Aktionen gegen Israel und fordert alle nichtlibanesischen Streitkräfte, die am Konflikt beteiligt sind, auf, sich unverzüglich aus dem Libanon zurückzuziehen. Im Mittelpunkt steht außerdem ein Bericht über die Bekämpfung des Hungers in der Welt. In einer Entschließung dazu wird ein neuer Weg eingeschlagen, da künftig der Schwerpunkt des Kampfes gegen den Hunger nicht mehr auf der Nahrungsmittelhilfe, sondern auf der Unterstützung der Ernährungsstrategien der Entwicklungsländer liegen soll.

Der belgische Außenminister Tindemans legt eine Bilanz der Ratspräsidentschaft Belgiens vor, die weitgehend positiv aufgenommen wird.

Außerdem werden die Beratungen über das Mandat vom 30. Mai fortgesetzt und Entschließungen verabschiedet zur Lage der Eisen- und Stahlindustrie, der Marktlage im Elektroniksektor, der Ausarbeitung einer europäischen Küstencharta, der Verbesserung des Flugsicherungssystems sowie über die politische Situation in Afghanistan, Pakistan und Nicaragua.

Fischereipolitik

15. Juni: Der Ministerrat für Fischereifragen nimmt seine Beratungen über die Schaffung einer gemeinsamen Fischereipolitik wieder auf und einigt sich weitgehend über eine Verordnung über bestimmte technische Maßnahmen zur Erhaltung der Fischbestände sowie über Fragen der Struktur- und Marktpolitik.

Entwicklungspolitik

15. Juni: Der Rat für Zusammenarbeit in Entwicklungsfragen erörtert das Sonderprogramm zur Bekämpfung des Hungers in der Welt und erklärt sich bereit, die Ernährungsstrategien der Entwicklungsländer zu unterstützen. Außerdem befaßt er sich mit den Schlußfolgerungen der Gipfelkonferenz von Versailles im Hinblick auf den Nord-Süd-Dialog, prüft die Leitlinien für seine künftigen Arbeiten über die Rolle der Frau in der Welt und verabschiedet eine Entschließung über die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern im Energiebereich.

Energiepolitik

16. Juni: Die Kommission übermittelt dem Rat eine Mitteilung, in der die Energieprogramme der einzelnen Mitgliedstaaten und die Fortschritte bei der Verwirklichung der energiepolitischen Ziele bis 1990 behandelt werden.

ASEAN

17.–18. Juni: Ratspräsident Tindemans und der Vizepräsident der Kommission, Haferkamp, nehmen an der alljährlichen Außenministerkonferenz der ASEAN-Staaten in Singapur teil, zu der die EG nun zum 3. Mal nacheinander eingeladen war.

Industriepolitik

18. Juni: Die Kommission legt dem Rat den Entwurf für einen Dreijahresplan (1983–1985) über den Ausbau der industriellen Innovationen vor.

Außenbeziehungen

20. Juni: Auf einer informellen Tagung der Außenminister stehen die Arbeiten zur Europäischen Akte, der interinstitutionelle Dialog und Fragen der EPZ im Mittelpunkt der Beratungen.

EPZ

21. Juni: Auf einer Sitzung im Rahmen der EPZ bekräftigen die Außenminister ihre Erklärung zur Lage im Libanon vom 9. Juni und beschließen, das 2. Finanzprotokoll EWG – Israel vorerst nicht zu unterzeichnen.

Gemäß einer zu Beginn des Jahres getroffenen Vereinbarung findet zum 1. Mal eine Sondersitzung der Außenminister im Rahmen der EPZ statt, zu der die Außenminister aus Spanien und Portugal eingeladen wurden, um sie über die aktuelle politische Zusammenarbeit zu informieren.

Spanien

21. Juni: In Luxemburg findet die 11. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Spaniens zur EG statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Außenbeziehungen, die Zollunion, das Steuerrecht und die EGKS.

Außenbeziehungen

21.–22. Juni: Der Rat der Außenminister kritisiert energisch die harten amerikanischen Maßnahmen gegen die Stahlausfuhren der EG in die USA, die die Regierung der Vereinigten Staaten am 11. Juni beschloß, hebt die gegen Argentinien verhängten Sanktionen wieder auf und erörtert das Memorandum der griechischen Regierung, die Fortsetzung der Nahrungsmittelhilfe für den Libanon sowie die Beziehungen zu Zentralamerika, Malta und Zypern. Außerdem bereitet er die GATT-Ministertagung, die nächste Runde der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal und die Tagung des Europäischen Rates vor. Daneben findet ein interinstitutionelles Dreiergespräch mit Delegationen der Kommission und des Parlaments über eine gemeinsame Erklärung zum Haushaltsverfahren statt.

Portugal

22. Juni: In Luxemburg findet die 8. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Portugals zur EG statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen vor allem zoll- und handelspolitische Fragen sowie die Regelung der Investitionsmöglichkeiten von privater Seite. Im Kapitel Steuerrecht wird Portugal für die Einführung der Mehrwertsteuer eine Übergangsregelung für drei Jahre ab dem Beitritt eingeräumt.

USA

22. Juni: Die amerikanische Regierung beschließt, ihre Sanktionen gegen den Export von Ausrüstungsgütern für den Bau der Erdöl- und Erdgasleitungen in der Sowjetunion zu erweitern und auch auf die Auslandsfilialen amerikanischer Gesellschaften auszudehnen.

Außenbeziehungen

22. Juni: Die Kommission übergibt nach dreijähriger Arbeit dem Rat eine umfassende Mitteilung über die künftige Mittelmeerpolitik der Gemeinschaft.

Umweltpolitik

24. Juni: Der Ministerrat für Umweltfragen verabschiedet die sogenannte „Seveso-Richtlinie" und eine Entschließung zum 3. Aktionsprogramm der Gemeinschaft für den Umweltschutz, einigt sich über die Qualitätsnormen für den Bleigehalt der Luft und erörtert Probleme der Robbenbabyjagd und der Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Vorhaben.

Österreich

24.–25. Juni: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Österreich einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Bundespräsident Kirchschläger, Bundeskanzler Kreisky und hohen Regierungsvertretern über aktuelle Fragen der internationalen Politik und eine Verbesserung der gemeinsamen handelspolitischen Beziehungen.

Sozialpolitik

25. Juni: Die Kommission legt dem Rat einen Bericht über das zweite gemeinsame Programm zur Förderung des Austausches junger Arbeitskräfte innerhalb der Gemeinschaft vor.

Agrarpolitik

28. Juni: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt die neuen Wechselkurse im Agrarbereich fest und erörtert weitere Fragen aus dem Weinsektor und über die Batteriehaltung von Legehennen.

Europäischer Rat

28.–29. Juni: Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates in Brüssel stehen aktuelle außenpolitische Fragen. In einer Erklärung zur Lage im Nahen Osten verurteilen die Staats- und Regierungschefs scharf die israelische Invasion im Libanon, fordern einen vollständigen und unverzüglichen Rückzug der israelischen Streitkräfte sowie den Abzug aller fremden Truppen.

Eingehend erörtern sie auch die Belastung der wirtschafts- und handelspolitischen Beziehungen zu den USA und kritisieren die jüngst von der

amerikanischen Regierung erlassenen Maßnahmen gegen Stahleinfuhren aus der EG. Außerdem diskutiert der Rat über den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal und über die wirtschaftliche und soziale Lage in der Gemeinschaft. Daneben werden Erklärungen zum Konflikt zwischen Iran und Irak und über die Beziehungen mit Lateinamerika nach der Falkland-Krise verabschiedet.

Fischereipolitik

28.–29. Juni: Der Ministerrat für Fischereifragen setzt seine Beratungen über die Gemeinsame Fischereipolitik fort. Heftig umstritten sind noch die Festsetzung der zulässigen Gesamtfangmenge, die Quotenaufteilung und der Zugang zu den Küstengewässern.

Norwegen

28.–29. Juni: In Brüssel findet das 2. Spitzengespräch zwischen der EG und Norwegen über die gemeinsamen gesamtwirtschaftlichen Beziehungen statt.

Wirtschaft und Finanzen

30. Juni: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen setzt seine Beratungen über die Anpassung der Leitlinien für staatlich garantierte Exportkredite fort und stimmt der Empfehlung der OECD zu, UdSSR, DDR, CSSR und Israel künftig in die Kategorie der reichen Industrieländer einzustufen.

Forschungspolitik

30. Juni: Der Ministerrat für Forschungspolitik führt eine Reihe von Grundsatzdiskussionen über die Forschungs- und Entwicklungsstrategie für die 80er Jahre, das 3. Forschungsprogramm im Bereich Medizin und Gesundheitswesen, die Neuausrichtung des Mehrjahresprogrammes 1984–1987 der Gemeinsamen Forschungsstelle und – anhand einer Kommissions-Mitteilung vom 26. Mai – über die Forschung auf dem Gebiet der Informationstechnologien.

Institutionen

30. Juni: Auf einer feierlichen Sitzung unterzeichnen die Präsidenten des EP, des Rates und der Kommission eine gemeinsame Erklärung über verschiedene Maßnahmen zur Gewährleistung einer besseren Abwicklung des Haushaltsverfahrens. Damit sind die Beratungen im Rahmen des „interinstitutionellen Trialogs" über eine bessere Zusammenarbeit der beiden die Haushaltsbehörde bildenden Organe abgeschlossen.

Soforthilfe Polen

30. Juni: Auf einen Vorschlag der Kommission vom 8. Juni hin genehmigt der Rat eine humanitäre Soforthilfe für die polnische Bevölkerung von 7,5 Mio. ECU.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

30. Juni–1. Juli: Auf der 199. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden Stellungnahmen verabschiedet zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Gemeinschaft, zur Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung in bestimmten Gebieten Griechenlands sowie zur rationellen Energienutzung und der nuklearen Energiestrategie.

Juli

Ministerrat

1. Juli: Der Ratsvorsitz geht von Belgien auf Dänemark über.

Agrarpolitik

5.–6. Juli: Auf einer informellen Tagung befassen sich die Landwirtschaftsminister ausführlich mit einer Überprüfung der Agrarexportpolitik.

Europäisches Parlament

5.–9. Juli: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Nach einer nahezu zweitägigen Debatte über die in einem Bericht von Herrn Spinelli vorgelegten Leitlinien für eine Reform der Verträge und die Verwirklichung der Europäischen Union verabschiedet das Parlament eine Entschließung, in der es die Arbeiten des Institutionellen Ausschusses unterstützt und ihn auffordert, bis Anfang 1983 umfassende Vorschläge zu erarbeiten, auf deren Grundlage dann ein neuer Vertragsentwurf erstellt und noch vor der 2. Direktwahl 1984 ratifiziert werden kann.

Der dänische Außenminister Olesen stellt das Programm der Ratspräsidentschaft Dänemarks vor, in dessen Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die Verstärkung der Investitionstätigkeit und die Reduzierung der Erdölimporte stehen. Außerdem billigt das Parlament die Gemeinsame Erklärung über eine bessere

Abwicklung des Haushaltsverfahrens vom 30. Juni, erörtert in 1. Lesung den Vorentwurf des Haushaltsplans für 1983, debattiert über die aufgrund der amerikanischen Maßnahmen belasteten Handelsbeziehungen zwischen der EG und den USA und verabschiedet Entschließungen zur Erweiterung der EG, zur Lage in der Türkei, zu einer Änderung der gemeinsamen Marktorganisation für Wein und zum europäischen Rechtsraum im Hinblick auf eine wirksamere Bekämpfung des Terrorismus.

USA

9. Juli: Der amerikanische Handelsminister Baldrige besucht die Kommission und führt Gespräche mit Vizepräsident Davignon über die Maßnahmen der USA gegen Stahleinfuhren aus der EG.

Wirtschaft und Finanzen

12. Juli: Der Rat für Wirtschaft und Finanzen einigt sich über das 5. Programm der mittelfristigen Wirtschaftspolitik und erörtert die Globalstrategie für eine wirksamere Investitionsförderung und die Mitteilung der Kommission zur Haushaltsdisziplin und wirtschaftlichen Konvergenz.

Schweden

12.–13. Juli: In Brüssel findet das 2. Treffen auf hoher Ebene zwischen der Kommission und Schweden statt. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die bilateralen Beziehungen und Fragen des Welthandels.

Energiepolitik

13. Juli: Der Ministerrat für Energiefragen erörtert Probleme der Kernenergie und die Rolle der Kohle im Rahmen seiner Arbeiten über die Energiestrategie der Gemeinschaft, prüft die jüngsten Entwicklungen auf dem Energiemarkt, insbesondere im Erdölsektor, und verabschiedet eine Empfehlung zur Förderung von Investitionen für eine rationellere Energienutzung.

Sozialpolitik

13. Juli: Die Kommission legt dem Rat den 10. Tätigkeitsbericht des Europäischen Sozialfonds über das Haushaltsjahr 1981 vor.

USA

14. Juli: Die Präsidenten des Rates und der Kommission übermitteln der amerikanischen Vertretung eine Note, in der die USA aufgefordert werden, die Ausweitung ihrer Sanktionen gegen den Export von Ausrüstungsgütern für den Bau der Erdöl- und Erdgasleitungen in der Sowjetunion zurückzunehmen, da sie gegen internationales Recht verstießen.

EPZ

19. Juli: Auf einer Tagung der Außenminister im Rahmen der EPZ stehen die aktuelle Lage im Libanon und der Konflikt zwischen Iran und Irak im Mittelpunkt der Beratungen.

Spanien

19. Juli: Der spanische Außenminister Perez Llorca führt im Rahmen der Konsultationen, die die Kommission im Auftrag des Europäischen Rates aufgenommen hat, Gespräche mit Präsident Thorn und Vizepräsident Natali über den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen.

Außenbeziehungen

19.–20. Juli: Der Rat der Außenminister befaßt sich erneut mit den amerikanischen Maßnahmen gegen Stahleinfuhren aus der EG und genehmigt ein Verhandlungsangebot der Kommission, das zunächst eine Teillösung der umstrittenen Fragen vorsieht. Außerdem würdigt er in einer Erklärung das nunmehr zehnjährige Freihandelsabkommen mit den EFTA-Staaten und schlägt eine gemeinsame Neureglung der Quoten für Ursprungserzeugnisse vor. Ferner werden eine Sonderaktion zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Mittelamerikas und die neuen Manihot-Abkommen mit Brasilien, Indonesien und Thailand gebilligt. Die Vorbereitung der GATT-Ministertagung wird fortgesetzt.

Agrarpolitik

19.–20. Juli: Der Rat der Landwirtschaftsminister nimmt gegen die Stimme der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe von Entwürfen über Verordnungen im Weinsektor an und erörtert den Stand der Arbeiten über den Mittelmeerplan.

Fischereipolitik

20.–21. Juli: Der Ministerrat für Fischereifragen setzt seine Beratungen über die internen und ex-

ternen Aspekte der Gemeinsamen Fischereipolitik fort, kann sich aber wieder nicht über das Kernproblem, die zulässigen Gesamtfangmengen, einigen. Dagegen werden drei Durchführungsverordnungen für die neue gemeinsame Marktorganisation gebilligt.

Außenbeziehungen

24. Juli: Nach dem Scheitern der bisherigen Verhandlungen erteilt der Rat der Außenminister auf einer Sondertagung der Kommission das umfassende Mandat, mit der amerikanischen Regierung im Bereich Eisen und Stahl ein Globalabkommen auszuhandeln.

Entwicklungspolitik

26. Juli: Die Kommission übermittelt dem Rat ihre Vorschläge für die allgemeinen Präferenzen im Jahr 1983.

Haushaltspolitik

27.–29. Juli: Der Rat für Haushaltsfragen erörtert mit einer Delegation des Parlaments ausführlich die vorliegenden Haushaltsentwürfe. Dabei stellt er zum Vorentwurf des Gesamthaushaltsplans für 1983 einen eigenen Entwurf auf, verzichtet aber auf einen Nachtragshaushaltsplan für 1982 und spricht sich stattdessen lediglich für Mittelüberweisungen aus. Außerdem verabschiedet er die im Agrarrat bereits beschlossenen neuen Verordnungen im Weinsektor.

Kenia, Mali, Senegal

27. Juli–1. August: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet auf seiner ersten offiziellen Afrikareise Kenia, Mali und Senegal einen Besuch ab und führt Gespräche auf höchster Ebene über die gemeinsame wirtschaftliche Zusammenarbeit, den Nord-Süd-Dialog und die Ernährungsstrategien zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.

Soforthilfe Libanon

29. Juli: Der Rat beschließt die Bereitstellung einer Soforthilfe in Höhe von 10 Mio. ECU für die libanesische Bevölkerung.

Antigua-Barbuda

30. Juli: Das seit November 1981 unabhängige Antigua-Barbuda tritt dem 2. Abkommen von Lomé bei und wird damit der 63. AKP-Staat.

August

USA

6. August: Die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und den USA über ein Globalabkommen im Bereich Eisen und Stahl werden erfolgreich beendet und der amerikanische Handelsminister Baldrige und die Vizepräsidenten der Kommission, Haferkamp und Davignon, unterzeichnen eine neue Vereinbarung über die Selbstbeschränkung von Stahlausfuhren der EG in die USA.

12. August: Die Gemeinschaft übermittelt der amerikanischen Regierung eine weitere Note mit der Aufforderung, die Ausweitung der Handelssanktionen gegen den Bau der sowjetischen Erdgasleitungen zurückzunehmen. Sie legt darin neben den wirtschaftlichen Nachteilen für die EG auch die rechtlich problematischen Aspekte des verschärften Embargos dar.

Forschungspolitik

12. August: Die Kommission übermittelt dem Rat einen Überblick über Pilotvorhaben auf dem Gebiet der Informationstechnologien.

17. August: Der Rat beschließt im Rahmen der konzertierten Aktion 1982–1986 ein Forschungsprogramm im Bereich der Medizin und des Gesundheitswesens mit einer Laufzeit von fünf Jahren.

Wirtschaft und Finanzen

29.–30. August: Auf einer informellen Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen stehen die aktuelle Lage der Weltwirtschaft, die Zins- und Währungspolitik und die Vorbereitung der Jahreskonferenz des Internationalen Währungsfonds im Mittelpunkt der Beratungen.

September

Thailand

2. September: Der thailändische Handelsminister Punari stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und unterzeichnet das neue Kooperationsabkommen für Manihot zwischen Thailand und der EG.

Tunesien

8. September: Der tunesische Wirtschafts- und Planungsminister Lasram besucht die Kommission und führt Gespräche auf höchster Ebene

über die wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit zwischen Tunesien und der EG.

Neuseeland

13. September: Der neuseeländische Außen- und Handelsminister Cooper stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn, Vizepräsident Haferkamp und Herrn Dalsager vor allem über das Problem der neuseeländischen Buttereinfuhren in die EG.

Europäisches Parlament

13.–17. September: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Am 15.9. findet eine feierliche Plenarsitzung zum Jahrestag seines 30-jährigen Bestehens statt. Am folgenden Tag verabschiedet das Parlament zum 1. Mal eine Entschließung über eine Untätigkeitsklage gegen den Rat wegen seiner Versäumnisse im Bereich der Verkehrspolitik.

Außerdem wird über die vorliegenden Haushaltsentwürfe debattiert, der Rat kritisiert, weil er für 1982 keinen Nachtragshaushalt erstellen will sowie ein Bericht von Herrn Spencer über eine bessere Unterrichtung der Arbeitnehmer multinationaler Unternehmen auf Oktober vertagt. Daneben werden Entschließungen verabschiedet zu der verschärften amerikanischen Sanktionspolitik gegen den Bau sowjetischer Erdgasleitungen, zur Energiegewinnung, der Bekämpfung des Terrorismus, der Schaffung eines „Europäischen Fonds für Denkmäler und Kulturstätten" sowie zur Lage in Polen und im Libanon nach der Ermordung des gerade neu gewählten libanesischen Staatspräsidenten Gemayel.

Kulturpolitik

17.–18. September: Im Mittelpunkt einer informellen Tagung der Minister für kulturelle Angelegenheiten in Neapel steht eine umfangreiche kulturpolitische Gemeinschaftsaktion.

Industriepolitik

19. September: Die Kommission übermittelt dem Rat den 4. Bericht zur Lage der Schiffbauindustrie.

EPZ

20. September: Auf einer Tagung im Rahmen der EPZ verurteilen die Außenminister mit Abscheu das Massaker an der palästinensischen Bevölkerung in Beirut und die Ermordung des gerade neu gewählten libanesischen Staatspräsidenten Gemayel. Außerdem begrüßen sie die Resolution 521 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die neue Nahost-Initiative von US-Präsident Reagan.

Außenbeziehungen

20.–21. September: Der Rat der Außenminister befaßt sich vor allem mit den gegenwärtigen Beziehungen zu den USA und fordert mit Nachdruck, daß das mit der amerikanischen Regierung ausgehandelte neue Stahlabkommen umgehend, spätestens jedoch zum 15. Oktober, in Kraft treten solle.

Außerdem genehmigt er ein neues Rahmenabkommen mit Brasilien, bereitet die 9. Verhandlungsrunde über den Beitritt Portugals zur EG vor und ernennt die Mitglieder des Wirtschafts- und Sozialausschusses für die Zeit vom 21.9.1982–20.9.1986.

Agrarpolitik

20.–21. September: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich über die Neuregelung der Olivenölpreise für 1982/83 und erörtert das Problem der Einfuhr neuseeländischer Butter und die Anpassung der Gemeinschaftsregelung für Mittelmeerprodukte.

Portugal

21. September: Auf der 9. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Portugals zur EG gelingt es, die Kapitel Zollunion, EGKS, Außenbeziehungen, Steuerrecht und Niederlassungsrecht erfolgreich abzuschließen.

Grönland

22.–27. September: Das für die Grönland-Frage zuständige Kommissionsmitglied, Richard Burke, stattet Grönland einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit hohen Regierungsvertretern über den grönländischen Antrag auf Zuerkennung des Status eines überseeischen Gebietes und über aktuelle Probleme der Fischereipolitik.

Türkei

23. September: Der für Außenwirtschaft und Europafragen zuständige türkische Staatsminister Pasin besucht die Kommission und unterrichtet die Vizepräsidenten Haferkamp und Davignon über die wirtschaftliche Lage und die jüngsten politischen Entwicklungen seines Landes.

Europarat

27. September–7. Oktober: Im Mittelpunkt der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates stehen die Rede des französischen Staatspräsidenten Mitterrand, die Lage der Weltwirtschaft, die Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen, die Intensivierung der Beziehungen zwischen Europa und Japan, Perspektiven der europäischen Zusammenarbeit in den 80er Jahren sowie die politische Lage in der Türkei und im Libanon.

UNO

28. September: Auf der 37. Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen erläutert der amtierende Ratspräsident, Ellemann-Jensen, in einer Erklärung den Standpunkt der Gemeinschaft zu wichtigen internationalen Fragen.

Oktober

Fischereipolitik

4. Oktober: Der Rat für Fischereifragen nimmt seine Arbeiten über den gesamten Komplex der internen und externen Fragen einer gemeinsamen Fischereipolitik wieder auf und beschließt, ein Übergangsprotokoll mit Portugal sowie ein Abkommen zwischen der Revolutionären Volksrepublik Guinea und der EG zu unterzeichnen.

Entwicklungspolitik

4. Oktober: Die Kommission legt dem Rat ein Memorandum zur Entwicklungspolitik der Gemeinschaft vor, das eine Bilanz der bisherigen Tätigkeit und die Ziele, Grundsätze, Methoden und institutionellen Leitlinien für die Entwicklungspolitik der nächsten zehn Jahre beinhaltet.
5. Oktober: Die für entwicklungspolitische Fragen zuständigen Minister erörtern auf einer informellen Tagung in Luxemburg das von der Kommission vorgelegte Memorandum zur Entwicklungspolitik sowie den Stand der Arbeiten über die Ernährungsstrategien für Kenia, Mali und Sambia.
5. Oktober: Die Kommission übermittelt dem Rat die allgemeinen Leitlinien für die finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den nichtassoziierten Entwicklungsländern für 1983.

Soforthilfe Libanon

6. Oktober: Die Kommission beschließt eine weitere humanitäre Soforthilfe in Höhe von 8,9 Mio. ECU für die libanesische Bevölkerung.

Industriepolitik

6. Oktober: Die Kommission billigt in 1. Lesung die Allgemeinen Ziele „Stahl" 1985.

Thailand

7. Oktober: Der thailändische Außenminister Savetsila besucht die Kommission und führt Gespräche über die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EG und Thailand, den Beitrittsantrag seiner Landes zum GATT und über die nächste Ministertagung EWG–ASEAN.

Agrarpolitik

11.–12. Oktober: Auf einer informellen Tagung in Kopenhagen erörtern die Landwirtschaftsminister vor allem die Probleme der gemeinsamen Agrarpolitik im Hinblick auf die Süderweiterung der EG.

Europäisches Parlament

11.–15. Oktober: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen die Berichte für eine europäische Beschäftigungspolitik, über die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in multinationalen Unternehmen sowie über die Mehrsprachigkeit der EG. In einer Debatte über die Verwirklichung der Europäischen Union geben die Außenminister Genscher und Colombo einen Überblick über den Stand der Arbeiten zur Europäischen Akte, deren geringe Fortschritte die Abgeordneten allerdings deutlich kritisieren.

Außerdem werden Stellungnahmen verabschiedet über die Beziehungen der Gemeinschaft zu den Staatshandelsländern und dem RGW, zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Mittelamerika, der Krise in der Stahlindustrie, der Förderung des Butterabsatzes sowie zur Investitionstätigkeit innerhalb der EG und der Energiepolitik.

Das EP nimmt Entschließungen an über die politische Lage im Libanon, in Laos, Bolivien und Polen, verurteilt das Verbot der polnischen Gewerkschaft „Solidarität" und unterstützt die Nominierung Lech Walesas für den Friedensnobelpreis. Ferner wählt es für den verstorbenen Herrn Gonella Frau Cassanmagnago Ceretti zu seiner Vizepräsidentin.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

12.–14. Oktober: Die 200. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses ist nahezu ausschließlich der Konstituierung und Amtseinführung des neu bestellten Ausschusses gewidmet. Der Ausschuß wählt François Ceyrac (F) zu seinem neuen Präsidenten und Alois Pfeiffer (D) und Alfons Margot (B) zu den beiden Vizepräsidenten.

UNO

14. Oktober: Die Kommission legt dem Rat ihren Abschlußbericht über die Ergebnisse der 3. Seerechtkonferenz der Vereinten Nationen und die Unterzeichnung der betreffenden Schlußakte und Konvention durch die Gemeinschaft vor.

Sozialpolitik

15. Oktober: Die Kommission übermittelt dem Rat eine Stellungnahme zur Reform des Europäischen Sozialfonds.

Lateinamerika

15. Oktober: Zur Wiederbelebung des Dialoges mit den Ländern Lateinamerikas veranstaltet die Kommission ein Treffen mit allen bei der EG akkreditierten lateinamerikanischen Botschaftern.

EPZ

16.–17. Oktober: Auf einer informellen Tagung in Nyborg (Dänemark) erörtern die Außenminister das KSZE-Folgetreffen in Madrid, die aktuellen Beziehungen zwischen der EG und den USA sowie die politische Lage im Nahen Osten, in Argentinien und Polen.

Agrarpolitik

18.–19. Oktober: Der Rat der Landwirtschaftsminister einigt sich über die Frage der Einfuhren neuseeländischer Butter in die EG, setzt neue Umrechnungskurse in der Landwirtschaft für Belgien, Frankreich und Luxemburg fest, erörtert ein Memorandum der italienischen Regierung über Probleme im Zuckersektor und setzt seine Arbeiten über eine neue Marktordnung für Mittelmeerprodukte fort.

Wirtschaftspolitik

20. Oktober: Die Kommission verabschiedet ihren Jahreswirtschaftsbericht für 1982/83.

Energiepolitik

20. Oktober: Die Kommission unterbreitet dem Rat einen Bericht über die Erdgasversorgung der Gemeinschaft mit einem Ausblick auf die Versorgungsstrukturen für 1990.

Soforthilfe Polen

20. Oktober: Die Kommission beschließt eine weitere humanitäre Soforthilfe für die polnische Bevölkerung in Höhe von 9,5 Mio. ECU.

USA

21. Oktober: Der Rat genehmigt die Beschlüsse der EWG und EGKS über den Abschluß eines neuen Stahlabkommens mit den USA sowie für einen Briefwechsel über den Export von Röhren und Rohren, der künftig ein gemeinsames Konsultationsverfahren vorsieht. Diese Vereinbarungen gelten vom 1.11.1982 bis zum 31.12.1985.

Umweltpolitik

21. Oktober: Die Kommission übermittelt dem Rat einen neuen Entwurf des 3. Aktionsprogramms für den Umweltschutz.

Griechenland

22. Oktober: Anläßlich eines offiziellen Staatsbesuchs in Belgien besucht der griechische Ministerpräsident Papandreou die Kommission und führt Gespräche mit Präsident Thorn über die Beziehungen Griechenlands zur EG und über sicherheitspolitische Fragen.

Australien

23.–27. Oktober: Kommissionsmitglied Dalsager stattet Australien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Premierminister Fraser und hohen Verbands- und Regierungsvertretern über die gemeinsamen landwirtschaftlichen Beziehungen und die nächste GATT-Ministerkonferenz.

Rechtspolitik

25. Oktober: Der Rat der Justizminister gibt eine Erklärung ab zur Kodifizierung des Gemeinschaftsrechts, unterzeichnet das Abkommen über den Beitritt Griechenlands zum Übereinkommen von 1968 über die griechische Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen und erörtert die Einsetzung eines Verwaltungsgerichts für Streitsachen zwischen den EG-Orga-

nen und seinem Personal sowie die Angleichung der Rechtsvorschriften im Rahmen der Europäischen Akte.

Zypern

25. Oktober: In Luxemburg findet die 8. Tagung auf Ministerebene des Assoziationsrates EWG – Zypern statt.

Außenbeziehungen

25.–26. Oktober: Der Rat der Außenminister prüft die bisherigen Verhandlungsergebnisse im Rahmen des Multifaserabkommens, einigt sich über den Finanzierungsausgleich für Großbritannien aus dem Haushalt 1982, bereitet die nächste GATT-Ministerkonferenz und die 12. Verhandlungsrunde über den Beitritt Spaniens zur EG vor und erörtert den aktuellen Stand der Beziehungen zu Japan und Mittelamerika sowie externe Probleme der Stahlindustrie.

Fischereipolitik

25.–26. Oktober: Der Ministerrat für Fischereifragen erörtert den Kompromißvorschlag der Kommission über die noch strittigen Probleme der gemeinsamen Fischereipolitik. Schließlich stimmen neun Delegationen dieser Kompromißformel zu, während Dänemark noch eine zehntägige Bedenkzeit eingeräumt wird.

Spanien

26. Oktober: Die 12. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Spaniens zur EG erzielt weitgehend Einigkeit über die noch offenen Fragen in den Bereichen Zollunion und EGKS.

Europäisches Parlament

26.–29. Oktober: Das EP tritt in Straßburg zu einer Haushaltstagung zusammen und erörtert eingehend den Entwurf des Gesamthaushaltsplanes für 1983. Im Mittelpunkt des Interesses stehen der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Bekämpfung des Hungers in der Welt und die Umstrukturierung des Haushaltsplanes.

Außerdem werden Entschließungen verabschiedet über die Erziehung zur Achtung der Menschenrechte, über Handelshemmnisse im innergemeinschaftlichen Warenverkehr sowie eine Grundsatzerklärung, in der der baldige Beitritt der EG zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten gefordert wird.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

27.–28. Oktober: Auf der 201. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden Stellungnahmen zum 11. Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik, zur Festlegung der Allgemeinen Zollpräferenzen für 1983, zu energiepolitischen Fragen sowie eine Initiativstellungnahme zur Verkehrspolitik verabschiedet.

Neuseeland

27. Oktober–1. November: Kommissionsmitglied Dalsager stattet Neuseeland einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Premierminister Muldoon und hohen Verbands- und Regierungsvertretern über landwirtschaftliche Fragen, insbesondere über den Handel mit Butter und Schaffleisch.

Indien

31. Oktober–7. November: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Indien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Ministerpräsidentin Indira Gandhi und hohen Regierungsvertretern über den Nord-Süd-Dialog, die Lage der Weltwirtschaft, die GATT-Ministerkonferenz und die Beziehungen zwischen der EG und Indien.

November

Entwicklungspolitik

3.–5. November: In Rom findet die Jahrestagung der Beratenden Versammlung des AKP-EWG-Abkommens statt. Es werden u.a. Entschließungen verabschiedet über das Stabex-System, das Zuckerprotokoll, die Bekämpfung des Hungers in der Welt, die Zusammenarbeit im Energiebereich und über die Lage im südlichen Afrika.

Brasilien

3.–6. November: Der Vizepräsident der Kommission, Haferkamp, stattet Brasilien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit hohen Regierungsvertretern vor allem über die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen.

Forschungspolitik

4. November: Der Rat der Forschungsminister genehmigt das Eurotra-Projekt, ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm für ein automatisches Übersetzungssystem modernster Konzep-

tion, einigt sich über die Leitlinien zur Stimulierung des wissenschaftlichen und technischen Potentials und erörtert eine Reihe von Pilotprojekten aus dem Forschungsprogramm der GFS (Gemeinsame Forschungsstelle).

Nepal

7.–9. November: Der Präsident der Kommission, Gaston Thorn, stattet Nepal einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit König Birendra, dem Premierminister und hohen Regierungsvertretern über entwicklungspolitische Fragen und die kritische Ernährungslage des Landes.

Entwicklungspolitik

8. November: Der Ministerrat für entwicklungspolitische Zusammenarbeit genehmigt die Schlußfolgerungen über die Lage der Frauen in Entwicklungsländern und erörtert das von der Kommission vorgelegte Memorandum zur Entwicklungspolitik, die neuen Ernährungsstrategien zur Bekämpfung des Hungers in der Welt sowie eine Änderung des Nahrungsmittelhilfeprogramms für 1982.

Fischereipolitik

8.–9. November: Der Rat für Fischereifragen setzt seine Beratungen über die gemeinsame Fischereipolitik fort, ohne sich jedoch auf einen Gesamtkompromiß einigen zu können, da Dänemark erneut Einspruch erhebt.

Energiepolitik

9. November: Der Ministerrat für Energiefragen erzielt Einvernehmen über die Erdgasversorgung der EG, die Nutzung von Substitutionstreibstoffen und die Änderung der Richtlinien über die Leistung von Wärmeerzeugern. Außerdem erörtert er die Energiepreisentwicklung 1982, Demonstrationsvorhaben im Bereich der Nutzung alternativer Energiequellen und die Lage auf dem Erdölsektor.

Europarat

10. November: Im Mittelpunkt der Beratungen des Ministerkomitees des Europarates stehen die KSZE-Folgekonferenz in Madrid, die Ost-West-Beziehungen sowie die künftige Rolle des Europarates beim Ausbau der Europäischen Integration. Auf einer nichtöffentlichen Sitzung wird der Antrag auf Ausschluß der Türkei abgelehnt.

Wirtschaftspolitik

12. November: Die Kommission leitet dem Rat eine Mitteilung zu über die Wiederbelebung des europäischen Binnenmarktes.

Soziapolitik

15. November: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister bereitet die gemeinsame Tagung mit dem Rat für Wirtschaft und Finanzen vor.

Wirtschaft und Finanzen

15. November: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen verabschiedet die Schlußfolgerungen zur Investitionsförderung und bereitet die gemeinsame Tagung mit den Arbeits- und Sozialministern und die Konferenz des Europäischen Rates vor.

Agrarpolitik

15.–16. November: Der Rat der Landwirtschaftsminister setzt seine Beratungen über die Anpassung des gemeinschaftlichen Besitzstandes bei Mittelmeerprodukten fort und erörtert Fragen aus dem Bereich der Agrarstrukturen und des Veterinärrechts.

Europäisches Parlament

15.–19. November: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Das Parlament debattiert über die Süderweiterung der EG und die Grundlagen einer neuen globalen Mittelmeerpolitik und fordert, daß die Beitrittsverhandlungen mit Spanien und Portugal spätestens bis Ende März 1983 abgeschlossen sind. Daneben genehmigt es den Bericht von Herrn Linkohr über die gemeinsame Forschungspolitik sowie den Mouchel-Bericht über die Leitlinien für die Agrarpreise des Wirtschaftsjahres 1983/84. Darin wird die Kommission u.a. ersucht, ihre Agrarpreisvorschläge bis zum 15. Dezember vorzulegen.

Außerdem werden Entschließungen verabschiedet zur bevorstehenden GATT-Ministerkonferenz, zu den jüngsten handelspolitischen Maßnahmen der französischen Regierung, der Bekämpfung der Krise in der Stahlindustrie, der Wirtschaftshilfe für Mittelamerika und zur Energiepolitik. Im Rahmen der EPZ nimmt das Parlament Entschließungen an zur politischen Lage in Argentinien, Polen, Somalia und Uruguay.

Wirtschafts- und Sozialpolitik

16. November: Im Mittelpunkt einer gemeinsamen Tagung der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Sozialminister, „Jumbo-Rat" genannt, steht eine umfassende Debatte über die wirtschaftliche und soziale Lage in der EG und die neuen Gemeinschaftsinitiativen, die die Anpassungspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten forcieren sollen.

Industriepolitik

17.–18. November: Auf einer informellen Tagung in Helsingör (Dänemark) billigen die Industrieminister die von der Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Überwindung der Stahlkrise und befürworten eine Senkung der Produktionskapazität um rund 30–35 Mio. t bis zum 1. Juli 1983.

Schweden

20. November: Der schwedische Außenminister Bodström stattet der Kommission einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Präsident Thorn und den Vizepräsidenten Davignon und Ortoli über die GATT-Ministerkonferenz, aktuelle Währungsfragen und bilaterale Probleme.

Portugal

22. November: Auf der 10. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Portugals zur EG steht eine Bestandsaufnahme der bisherigen Verhandlungsergebnisse im Vordergrund.

Sonderhilfe Libanon

22. November: Der Rat beschließt, die Europäische Investitionsbank anzuweisen, aus ihren Eigenmitteln für den Libanon eine zusätzliche Sonderhilfe in Höhe von 50 Mio. ECU als Darlehen für Wiederaufbauvorhaben bereitzustellen.

Außenbeziehungen

22.–23. November: Der Rat der Außenminister einigt sich über die Aufstockung der technischen und finanziellen Hilfe für Mittelamerika, das Schema der Allgemeinen Präferenzen für die Entwicklungsländer für 1983 und auf eine Senkung der Stahlimporte aus Drittländern um 12,5 %.

Außerdem genehmigt er einen Bericht über die Europäische Union und die Unterzeichnung der Schlußakte der 3. Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen und erörtert das Memorandum der Kommission zur Entwicklungspolitik, die britischen Beitragszahlungen für 1983 und 1984, ein einheitliches Wahlverfahren für die nächste Direktwahl des EP sowie den Stand der Arbeiten über die Europäische Akte. Ferner werden die 10. Verhandlungsrunde über den Beitritt Portugals zur EG, die GATT-Ministerkonferenz und die nächste Tagung des Europäischen Rates vorbereitet.

Haushaltspolitik

22.–23. November: Der Ministerrat für Haushaltsfragen erörtert in zweiter Lesung den Entwurf des Gesamthaushaltsplans für 1983, beschließt eine Erhöhung der nichtobligatorischen Ausgaben und empfängt eine Delegation des EP.

EPZ

23. November: Auf einer Tagung im Rahmen der EPZ verabschieden die Außenminister Erklärungen zum KSZE-Folgetreffen in Madrid, zur Lage in Polen und im Nahen Osten sowie zum Klima der internationalen Beziehungen nach dem Wechsel der sowjetischen Führungsspitze.

Malaysia

24. November: Der malaysische Minister für Rohstoffe besucht die Kommission und führt Gespräche über die gemeinsamen Kautschuk- und Zinnabkommen.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

24.–25. November: Auf der 202. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses erläutert Kommissionsmitglied Pisani das Memorandum der Kommission zur Entwicklungspolitik, das auf einmütige Zustimmung stößt. Daneben werden Stellungnahmen verabschiedet über den Güterkraftverkehr, die Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, das Mehrjahresprogramm auf dem Gebiet der Datenverarbeitung sowie zu verschiedenen Umwelt- und Forschungsvorhaben.

GATT

24.–29. November: Der Vizepräsident der Kommission, Haferkamp, nimmt an der Spitze einer EG-Delegation an der Ministerkonferenz des GATT in Genf teil. Das Schlußdokument der Konferenz enthält das Arbeitsprogramm des GATT für die 80er Jahre und eine politische Erklärung, die erheblich hinter den Erwartungen der meisten Teilnehmer zurückbleibt. Die EG begrüßt allerdings das Kompromißdokument, da

es erheblich realistischer ist als die Entwürfe aus der Vorbereitungsphase der Konferenz.

Fischereipolitik

29. November: Die Minister für Fischereifragen erzielen auf einer erneuten Sondersitzung keine Einigung über die gemeinsame Fischereipolitik, weil Dänemark weiterhin seine Zustimmung zu dem vorliegenden Gesamtkompromiß verweigert.

Australien

29. November: Der australische Landwirtschaftsminister Nixon besucht die Kommission und führt Gespräche mit Herrn Dalsager vor allem über agrar- und handelspolitische Fragen.

Dezember

Umweltpolitik

3.–4. Dezember: Der Ministerrat für Umweltfragen setzt seine Beratungen über das 3. Aktionsprogramm für den Umweltschutz und über die Auswirkungen bestimmter öffentlicher und privater Projekte auf die Umwelt fort. Daneben werden Fragen der Gewässerverschmutzung und der Streit über ein Einfuhrverbot der EG für Jungrobbenfelle erörtert, ohne jedoch zu einer Einigung zu gelangen.

Europäischer Rat

3.–4. Dezember: Im Mittelpunkt der Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen steht die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft, insbesondere die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Ausbau des Binnenmarktes, Fragen der Innovations- und Forschungspolitik sowie die Schaffung des NGI III. Große Bedeutung wird auch der anstehenden Süderweiterung der EG beigemessen und der Rat diesbezüglich aufgefordert, bis März 1983 die Überprüfung und Neuregelung der Marktstrukturen für Mittelmeerprodukte abzuschließen.

Weitere Beratungsthemen sind die gegenwärtigen Beziehungen zu den USA und Japan und die Ergebnisse der GATT-Ministerkonferenz. Außerdem geben die Staats- und Regierungschefs Erklärungen ab zu den Ost-West-Beziehungen, insbesondere beim KSZE-Folgetreffen in Madrid, zur aktuellen Entwicklung in Polen und Afghanistan sowie zur politischen Lage im Nahen Osten, wobei noch einmal ausdrücklich der Rückzug aller fremden Truppen aus dem Libanon verlangt wird.

Libanon

5.–8. Dezember: Das für entwicklungspolitische Fragen zuständige Kommissionsmitglied, Pisani, stattet dem Libanon einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Staatspräsident Amin Gemayel, Premierminister Wazzan und hohen Regierungsvertretern über den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und die humanitären Probleme der Bevölkerung.

Türkei

8. Dezember: Der türkische Außenminister Turkmen stattet der Kommission einen Besuch ab und informiert Vizepräsident Haferkamp über die jüngsten politischen Entwicklungen in seinem Land.

Industriepolitik

8. Dezember: Die Kommission unterbreitet dem Rat eine Reihe von Vorschlägen über die Änderung der Regelung für die Versorgung der Gemeinschaft mit Kernmaterial, die für friedliche Zwecke bestimmt sind. Dabei hält sie die Anpassung des Euratom-Vertrages an die tatsächlichen Gegebenheiten der 80er Jahre für unumgänglich.

Niger

9.–11. Dezember: Kommissionsmitglied Pisani stattet Niger einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Staatspräsident Oberst Kountché und hohen Regierungsvertretern über bilaterale Fragen und das Abkommen von Lomé.

Sozialpolitik

10. Dezember: Der Rat der Arbeits- und Sozialminister erörtert den Stand der Arbeiten über die neuen Informationstechnologien, den Europäischen Sozialfonds und die freiwillige Teilzeitarbeit und nimmt eine Empfehlung an zu den Grundsätzen einer neuen Ruhestandsregelung.

USA

10. Dezember: Eine hochrangige Regierungsdelegation der USA unter Leitung von Außenminister Shultz besucht die Kommission und führt Gespräche mit Präsident Thorn und den Vizepräsidenten Haferkamp, Davignon und Ortoli

über die 1982 mehrfach belasteten europäisch-amerikanischen Beziehungen, die internationale Finanz- und Wirtschaftspolitik, die aktuelle Lage der Ost-West-Beziehungen sowie über agrar- und handelspolitische Fragen.

Spanien

13. Dezember: Im Mittelpunkt der 13. Verhandlungstagung auf Ministerebene über den Beitritt Spaniens zur EG stehen aktuelle politische Erklärungen der beiden Delegationen. Der spanische Außenminister Moran unterstreicht das ernsthafte Interesse der neuen sozialistischen Regierung an weiteren Fortschritten bei den Beitrittsverhandlungen und bittet die Gemeinschaft um Unterstützung und klare Zusagen für die Süderweiterung.

Nigeria

13. Dezember: Die nigerianische Planungsministerin, Frau Oyogbola, besucht die Kommission und führt Gespräche über die Richtprogramme des 2. Abkommens von Lomé.

Institutionen

13. Dezember: Nach Konsultierung der Kommission beschließt der Rat der Außenminister, die Amtszeit des Präsidenten der Kommission, Gaston Thorn, und seiner Vizepräsidenten um zwei Jahre bis zum 5. Januar 1985 zu verlängern.

Außenbeziehungen

13.–14. Dezember: Der Rat der Außenminister befürwortet die Vorschläge des Industrieministerrates zur Bekämpfung der Stahlkrise, erörtert die noch offenen Fragen eines einheitlichen Wahlverfahrens für die nächste Direktwahl des EP, diskutiert über eine neue Belebung des Binnenmarktes, verabschiedet eine umfangreiche Stellungnahme zu den Beziehungen mit Japan und bereitet die 13. Verhandlungsrunde über den Beitritt Spaniens zur EG vor.

Agrarpolitik

13.–14. Dezember: Der Rat der Landwirtschaftsminister erörtert die Frage der Einfuhr neuseeländischer Butter in die EG und das vom Europäischen Rat erhaltene Mandat über die Anpassung der gemeinschaftlichen Marktstrukturen für Mittelmeerprodukte.

Europäisches Parlament

13.–17. Dezember: Sitzungswoche des EP in Straßburg. Im Mittelpunkt der Beratungen stehen Haushaltsfragen. Das Parlament lehnt in zweiter Lesung den Entwurf des Nachtragshaushaltsplans Nr. 1–1982 endgültig ab, genehmigt aber den Gesamthaushaltsplan für 1983. Der dänische Premierminister Schlüter erstattet Bericht über die Tagung des Europäischen Rates in Kopenhagen und Ratspräsident Ellemann-Jensen legt die Bilanz der dänischen Präsidentschaft vor.

Außerdem wird nachträglich ein aus dem Spencer-Bericht ausgeklammerter Entschließungsantrag über die Unterrichtung der Arbeitnehmer in transnationalen Unternehmen angenommen. Ferner werden Entschließungen verabschiedet über das Programm 1982 für die Verwirklichung der Zollunion, den 11. Bericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik, die Bergbaukrise in der EG und zur Dringlichkeit eines Abkommens über die gemeinsame Fischereipolitik. Im Rahmen der EPZ folgen Entschließungen zur Lage im Libanon, in Polen und Afghanistan, über den militärischen Angriff Südafrikas auf Lesotho sowie über Menschenrechtsverletzungen in Guatemala und Surinam.

Sozialpolitik

14. Dezember: Die Kommission übermittelt dem Rat ein Memorandum über die Verkürzung und Neuregelung der Arbeitszeit.

Finanzpolitik

15.–16. Dezember: Der Rat für Haushaltsfragen erörtert den vorliegenden Entwurf des Gesamthaushaltsplans für 1983 und den Entwurf des Nachtragshaushaltes Nr. 1–1982.

Wirtschafts- und Sozialausschuß

15.–16. Dezember: Auf der 203. Plenartagung des Wirtschafts- und Sozialausschusses werden Stellungnahmen verabschiedet zum Jahreswirtschaftsbericht der Kommission für 1982, der als zu optimistisch eingeschätzt wird, und zur Investitionsförderung im Bereich der rationellen Energienutzung, zur Unterstützung der technologischen Innovation sowie zum Schiffbau und zum Personengelegenheitsverkehr.

Verkehrspolitik

16. Dezember: Der Rat der Verkehrsminister erörtert den Stand der Arbeiten über die gemein-

same Verkehrspolitik, die Erleichterungen der Formalitäten und Kontrollen im Güterverkehr, die Zusammenarbeit im internationalen Eisenbahnbereich sowie Fragen des interregionalen Linienflugverkehrs.

Energiepolitik

16.–17. Dezember: Auf einer informellen Tagung der Energieminister in Kopenhagen steht die Rolle der Kohle und der anderen festen Brennstoffe im Hinblick auf die Energiestrategie der Gemeinschaft im Mittelpunkt der Beratungen.

Spanien

16.–17. Dezember: Der Vizepräsident der Kommission, Natali, stattet Spanien einen offiziellen Besuch ab und führt Gespräche mit Ministerpräsident González, Außenminister Moran und hohen Regierungsvertretern über Probleme der bilateralen Zusammenarbeit und der anstehenden Süderweiterung der EG.

Haushaltspolitik, Wirtschaft und Finanzen

17. Dezember: Der Ministerrat für Wirtschaft und Finanzen billigt den Gesamthaushaltsplan für 1983 in Höhe von 21,5 Mrd. ECU, verabschiedet den Jahreswirtschaftsbericht für 1982 und erörtert Währungsfragen, die Erhöhung der IWF-Quoten und die Ablehnung des Nachtragshaushaltsplans Nr. 1–1982 durch das Parlament.

Umweltpolitik

17.–18. Dezember: Der Ministerrat für Umweltfragen setzt seine am 4. Dezember abgebrochene Tagung fort und einigt sich schließlich über die Durchführung des 3. Aktionsprogramms für den Umweltschutz für 1982–1986. Außerdem nimmt er Entschließungen an zur Bekämpfung der Gewässerverschmutzung und zur Diskussion über die Einfuhr von Jungrobbenfellen, wobei die Kommission aufgefordert wird, in dieser Frage bis März 1983 ein neues Konzept vorzulegen.

Fischereipolitik

21. Dezember: Der Ministerrat für Fischereifragen genehmigt den Abschluß eines Abkommens zwischen der EWG und Guinea-Bissau über die Küstenfischerei, einigt sich über die Zollkontingente für bestimmte Fischereierzeugnisse aus Kanada und über eine strukturpolitische Verordnung im Bereich der Küstenfischerei und Aquakultur, kann aber wegen der ablehnenden Haltung Dänemarks den Kompromißvorschlag der Kommission über das Problem der Fangquoten wieder nicht verabschieden.

Finanzpolitik

21. Dezember: Der Präsident des EP, Piet Dankert, unterzeichnet den Gesamthaushaltsplan für 1983 in Höhe von 21,5 Mrd. ECU.

BRD

22. Dezember: Bundesaußenminister Genscher stattet der Kommission einen Besuch ab und erläutert die Ziele und das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft im 1. Halbjahr 1983.

Agrarpolitik

22. Dezember: Die Kommission übermittelt dem Rat ihre tagszuvor verabschiedeten Vorschläge über die Agrarpreise und flankierenden Maßnahmen für das Wirtschaftsjahr 1983/84. Danach ist eine durchschnittliche Anhebung der gemeinsamen Agrarpreise um 5,5 % vorgesehen.

EPZ

23. Dezember: Der Rat verlängert für 1983 die handelspolitischen Sanktionen gegen die Sowjetunion, die er am 15. März 1982 wegen der Ausrufung des Kriegsrechts in Polen verhängt hatte.